

Evelyne Gebhardt

Mitglied des Europäischen Parlaments

EUROPA AKTUELL

Nr. 4/2013, 11. April 2013

**Liebe Freunde und Freundinnen,**

der 1. Mai steht vor der Tür – in knapp drei Wochen begehen wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, Kollegen und Kolleginnen aus den Gewerkschaften sowie viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in ganz Europa den „Tag der Arbeit“. „Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa.“ lautet in diesem Jahr das Motto des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dem kann ich mich nur anschließen.

Die Wirklichkeit sieht aber ganz anders aus. Im reichen Deutschland schufteten mancherorts Friseurinnen für weniger als fünf Euro in der Stunde, die zyprische Regierung denkt darüber nach, die nationalen Rentenkassen zu verpfänden, in Spanien steht eine ganze Generation vor den Arbeitsämtern Schlange – und andererseits parken die Reichsten der Reichen ihr Geld systematisch in Steueroasen, um die Finanzämter zu umgehen. Das zeigt: Es läuft etwas gewaltig schief hierzulande. Es ist höchste Zeit für einen Kurswechsel!

Flächendeckende Mindestlöhne in ganz Europa einführen, Arbeitnehmerrechte auf europäischer Ebene ausbauen, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit durchsetzen, die verheerende Jugendarbeitslosigkeit entschlossen bekämpfen, Steuern für Gutverdiener und Vermögende erhöhen, Steueroasen trockenlegen und neue Exzesse auf den Finanzmärkten verhindern – das sind die Aufgaben, vor denen wir stehen. Nur mit einer starken Sozialdemokratie werden wir unsere Ziele erreichen und nur gemeinsam mit unseren Partnern, den Gewerkschaften, werden wir diesen Kurswechsel schaffen können. Damit gute Arbeit, sichere Renten und ein soziales Europa in den Ohren der Betroffenen nicht mehr wie Hohn klingen, sondern endlich Wirklichkeit werden. Dafür werde ich mich weiter mit aller Kraft einsetzen.

Eure

Gebhardt: „Wasser ist ein Menschenrecht“**2013 ist Internationales Jahr der Wasserkooperation**

„Wasser ist ein lebensnotwendiges Gut. Mehr noch: Es ist ein Menschenrecht und kein Spekulationsobjekt“, stellt die SPD-Binnenmarkt- und Verbraucherschutzexpertin Evelyne Gebhardt anlässlich des Weltwassertags am 22. März klar. Das Jahr 2013 steht im Zeichen der internationalen Zusammenarbeit im Wasserbereich.

Viele Weltregionen leiden unter knappen Wasserressourcen. Meist sind eine mangelnde Durchsetzung bestehender Gesetze, falsche politische Prioritäten, fehlendes technisches Wissen und defekte Leitungen der Grund für eine schlechte Wasserwirtschaft. „Wasser ist ein globales Gemeingut. Die internationale Zusammenarbeit ist daher essentiell für eine faire Wassernutzung“, beton-

te die SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt.

„Auch in Europa stehen wir noch vor großen Herausforderungen. Privatisierungswellen haben gezeigt, dass eine gesicherte, qualitativ hochwertige und bezahlbare Versorgung mit sauberem Trinkwasser oberste Priorität genießen muss. Aus diesem Grund habe ich keine Sekunde gezögert, die Bürgerinitiative right2water zu unterstützen“, so Evelyne Gebhardt. Sollte bis zum 1. November die Mindestzahl an Unterschriften in nur noch zwei Ländern erreicht werden, muss die Europäische Kommission gesetzgeberisch aktiv werden.

Auch die derzeitigen Verhandlungen zur Konzessionsrichtlinie spielen hierbei eine wichtige Rolle. „Wir Sozialdemokra-

ten und Sozialdemokratinnen setzen uns weiterhin dafür ein, dass öffentliche Formen der Wasserversorgung durch Stadtwerke oder kommunale Zweckverbände aus dem Anwendungsbereich der Konzessionsrichtlinie explizit herausgenommen werden. Die Wasserversorgung ist am besten in öffentlicher Hand aufgehoben“, so die SPD-Abgeordnete. ■

Hintergrund:

Jährlich wird der Tag des Wassers am 22. März begangen, um eine breite Öffentlichkeit auf die Bedeutung des Wassers für die Menschheit hinzuweisen. Auf der Weltkonferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro findet der Weltwassertag seinen Ursprung.

NHALT**Seite 1**

- Kolumne
- Weltwassertag

Seite 2

- Gleichstellungspolitik
- Streitbeilegungsverfahren

Seite 3

- Equal Pay Day
- Kampf gegen Steuerbetrug
- Termine

Seite 4

- Ringen als olympische Disziplin
- Neues aus Europa
- Straßburg-Fahrt
- Evelyne in den Medien
- Impressum



Gleichstellung als Lösungsmodell für die Krise

Im März hat das Europäische Parlament mehrere gleichstellungspolitisch interessante Resolutionen verabschiedet, von denen ich auf zwei näher eingehen möchte.

Die Lage der Frauen in der Wirtschafts- und Finanzkrise

Die Europäische Union befindet sich in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, die durch Merkels eisernes Spardiktat noch weiter verstärkt wird. Dies hat zu einem erheblichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen in vielen Mitgliedstaaten geführt. Frauen sind von der Krise und der drohenden Armut besonders betroffen. Durch den Verlust oder die Unsicherheit des Arbeitsplatzes, durch Gehaltskürzungen, durch Haushaltskürzungen im öffentlichen Dienst oder bei Sozialdienstleistungen. Dabei ist wirtschaftliche Unabhängigkeit und berufliche Verwirklichung eine grundlegende Voraussetzung für die Durchsetzung der Gleichstellung von Frau und Mann. Diese Finanzkrise darf nicht in eine Gleichstellungskrise ausarten. Im Gegenteil: Gleichstellung muss als Lösungsmodell für die Krise begriffen werden.

Das Europäische Parlament hat in seiner Entschließung während der vergangenen

Plenarwoche ein Paket von 82 Forderungen an die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission verabschiedet, durch die die Lage von Frauen, die durch die Wirtschaftskrise betroffen sind, verbessert werden soll. Nachzulesen unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0073+0+DOC+XML+V0//DE>

Die Lage der Frauen in Nordafrika

Frauen waren maßgeblich am Arabischen Frühling in Nordafrika beteiligt. Sie gingen auf die Straße und demonstrierten, sie debattierten und sie kommunizierten, etwa in sozialen Netzwerken. Sie waren Schlüsselfiguren für einen demokratischen Wandel. Dafür mussten sie teilweise einen hohen Preis bezahlen und wurden Opfer von Gewalt und sexuellen Übergriffen.

Manches hat sich seitdem zum Besseren gewandelt. Libyen etwa entsendet in die Nationalversammlung nunmehr 33 weibliche von insgesamt 200 Abgeordneten. Zuvor war Frauen die Teilhabe am öffentlichen Leben in Libyen noch völlig verwehrt. Der Anteil der Frauen in der verfassunggebenden Nationalversammlung in Tunesien liegt immerhin bei 27 %. Dennoch begegnen Frauen beim Streben nach Gleichstellung in diesen Ländern noch zahlrei-

chen Schwierigkeiten. Länder, die - mit Ausnahme Libyens - mittlerweile alle von islamistischen Parteien regiert werden.

Das Europäische Parlament fordert diese Länder unter anderem auf, in ihren Verfassungen, Strafgesetzbüchern und Sozialversicherungssystemen den Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männern unwiderruflich zu verankern und jegliche Art der Diskriminierung von Frauen zu verbieten, das internationale Menschenrechtsübereinkommen vollständig umzusetzen, alle Formen von Gewalt gegenüber Frauen unter Strafandrohung zu verbieten, einschließlich häuslicher und sexueller Gewalt, sexueller Belästigung und schädlicher traditioneller Praktiken wie Genitalverstümmelung von Mädchen und Frauen oder Zwangsehen, insbesondere im Falle Minderjähriger.

Die gesamte Resolution ist unter folgendem Link verfügbar:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0075+0+DOC+XML+V0//DE> ■

Evelyne Gebhardt

Gebhardt: „Ein guter Tag für die Verbraucher“

Grünes Licht für europaweite außergerichtliche Streitbelegungsverfahren

„Verbraucher und Verbraucherinnen können in Zukunft europaweit auf schnelle und billige außergerichtliche Lösungen bei vertraglichen Streitigkeiten, die nach dem Verkauf von Waren oder der Bereitstellung von Dienstleistungen auftreten, zurückgreifen. Insbesondere bei grenzüberschreitenden Streitigkeiten und Online-Käufen müssen die Verbraucher keine langen und kostspieligen Gerichtsprozesse mehr durchlaufen, sondern können ihre Beschwerden online einreichen.“

Diese Verbesserung des Rechtsschutzes schafft für die Verbraucher mehr Vertrauen in den europäischen Binnenmarkt und in den grenzüberschreitenden Handel. Alternative und Online-Streitbelegungsverfahren sind ein wirklicher Mehrwert für die europäischen Bürger. Das ist ein guter Tag für die Verbraucher und Verbraucherinnen“, begrüßte die sozialdemokratische Sprecherin für Verbraucherschutz und Binnen-

markt Evelyne Gebhardt die Annahme der Gesetzesmaßnahmen zu außergerichtlichen Streitbelegungsverfahren am 12. März in Straßburg.

Innerhalb von 90 Tagen nach Eingang der Beschwerde muss ein Ergebnis vorliegen. „Alternative Streitbelegungsverfahren müssen künftig nicht nur schnell, sondern auch kostenlos oder zumindest zu einer sehr geringen Gebühr zur Verfügung gestellt werden. Ein effektiver Zugang für die Verbraucher zu diesen Verfahren wird somit garantiert“, freute sich die SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt.

„Wir Sozialdemokraten haben erreicht, dass Händler künftig dazu verpflichtet sind, die Verbraucher auf die außergerichtlichen Verfahren hinzuweisen. Zudem müssen Schlichtungseinrichtungen eine aktuelle Webseite bereitstellen und diese pflegen, damit Beschwerden, die online eingereicht werden, auch zügig gelöst werden können“, so die Mulfinger

Abgeordnete Evelyne Gebhardt.

Führt ein alternatives oder Online-Streitbelegungsverfahren nicht zu einem erfolgreichen Ausgang, darf das Ergebnis allerdings keinen Einfluss auf ein mögliches weiteres Gerichtsverfahren ausüben. ■

Hintergrund:

Im Falle von Streitigkeiten nach Erwerb von Waren oder Dienstleistungen, egal ob zuhause oder im EU-Ausland, müssen künftig keine langen und kostspieligen Gerichtsprozesse mehr durchlaufen werden. So lautet das Ziel des im November 2011 von der Europäischen Kommission vorgelegten Legislativpakets zu außergerichtlichen Lösungen bei verbraucherrechtlichen Streitigkeiten. Das Paket beinhaltet zum einen eine Richtlinie über alternative Streitbelegungen, die sich mit Vertragsstreitigkeiten zwischen dem Verbraucher und dem Unternehmen auseinandersetzt. Zum anderen wird mit einer Verordnung zur Online-Streitbeilegung eine EU-weite elektronische Plattform für alternative Streitbelegungsverfahren errichtet.



Gemeinsam mit ihren SPD-Fraktionskolleginnen machte Evelyne Gebhardt (vordere Reihe, 1. von links), im Europäischen Parlament in Straßburg anlässlich des Equal Pay Days auf die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern aufmerksam. Angesichts einer geschlechtsspezifischen Lohnlücke von 22 Prozent in Deutschland erklärte sie: „Noch immer werden Frauen in Deutschland deutlich schlechter bezahlt als Männer - auch bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit. Mit dieser durch nichts gerechtfertigten Ungleichbehandlung muss endlich Schluss sein: gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit jetzt!“
Foto: SPD

Bullmann: „Kampf gegen Steuerbetrug wird nur in Europa gewonnen“

Steinbrück-Plan stellt richtige Weichen für mehr Abgabengerechtigkeit

„Peer Steinbrück trägt den Kampf gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung zu Recht dorthin, wo er nur gewonnen werden kann: in die europäische Arena“, begrüßt der Vorsitzende der SPD-Abgeordneten im Europaparlament Dr. Udo Bullmann den Acht-Punkte-Plan des SPD-Kanzlerkandidaten. Auch das EU-Parlament werde im Bericht der Sozialdemokratin Mojca Kleva erneut eine europäische Antwort auf Steuerbetrug fordern, der die EU jährlich eine Billion Euro kostet. „Bisher haben die Mitgliedstaaten, und zwar stets mit Unterstützung der schwarz-gelben Koalition, diese europäische Antwort verhindert“, so Udo Bullmann. Das Spiel ist seit Jahren dasselbe: „Wenn die konservativ-liberale Mehrheit im Parlament mal nicht dagegen stimmt, blockiert die konservativ-liberale Mehrheit im Ministerrat.“

Steuerdumping in einzelnen EU-Staaten betreffe die Gemeinschaft insgesamt, erklärt Udo Bullmann weiter. Schädlicher Unterbietungswettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten führe zu klammen öffentlichen Kassen und fehlenden Investitionen. Unter sozialdemokratischer Führung habe das EU-Parlament aber wichtige Etappensiege errungen. „Ab 2015

muss jede Bank in Europa offenlegen, in welchem Land sie welche Steuern zahlt. Eine wirksame Ausweitung dieser Transparenzregel auf alle Unternehmen in der EU haben Konservative im Rechtsausschuss des Parlaments allerdings verhindert“, kritisiert Udo Bullmann. Auch sozialdemokratische Bestrebungen, europaweit die Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern zu vereinheitlichen sowie angemessene Abgaben auf Zinserträge durchzusetzen, seien bisher erfolglos geblieben.

Lückenhafte Abkommen mit Steuerroasen müssten zudem auf europäischer Ebene neuverhandelt werden, fordert Udo Bullmann. „Herr Schäuble hätte längst gegenüber seinen Finanzministerkollegen Druck machen müssen, dass die EU-Kommission ein Mandat für diese Verhandlungen erhält“, so Udo Bullmann. „Statt mit Europa gegen Steuerbetrug zu kämpfen, hat Schwarz-Gelb in der Vergangenheit jedoch wie im Falle der Schweiz lieber Ablasshandel betrieben. Ohne den Widerstand der Sozialdemokratie wären Steuersünder dort sogar mit Straffreiheit und Anonymität belohnt worden.“ ■

TERMINE

■ 12. April 2013, 09.30 Uhr

Was? Diskussion mit SchülerInnen

Wo? Ev. Schulzentrum Michelbach

■ 16. April 2013, 20.00 Uhr

Was? „Kehl meets Europe“ (Junge Europäische Föderalisten)

Wo? Europa-Hotel, Kehl

■ 19. April 2013, 15.30 Uhr

Was? Verleihung Allmende-Preis

Wo? Historisches Kaufhaus, Freiburg

■ 20. April 2013, 14.30 Uhr

Was? Europa-Projektwochenende der Jusos Baden-Württemberg

Wo? Jugendherberge, Kehl

■ 22. April 2013, 09.00 Uhr

Was? Gespräch mit Oberbürgermeister und Besuch der Wasserwerke

Wo? Öhringen

■ 27. April 2013, 10.00 Uhr

Was? Landeskonferenz der ASF Sachsen-Anhalt

Wo? Magdeburg

■ 1. Mai 2013, 10.00 Uhr

Was? Mai-Kundgebung des DGB

Wo? Heilbronn

■ 3. Mai 2013, 12.00 Uhr

Was? Preisverleihung Europäischer Wettbewerb

Wo? Landratsamt, Künzelsau

■ 3. Mai 2013, 15.45 Uhr

Was? Europafest/Diskussionsrunde

Wo? Marktplatz, Stuttgart

■ 3. Mai 2013, 18.30 Uhr

Was? Festakt zum Partnerschaftsjubiläum mit Servian

Wo? Kursaal, Bad Wimpfen

■ 4. Mai 2013, 14.00 Uhr

Was? Mitgliederversammlung der Jusos Schwäbisch Hall-Hohenlohe

Wo? AWO, Öhringen



Gebhardt: „Ringens muss olympisch bleiben!“

Zahlreiche Europaabgeordnete initiieren Kampagne

EU-Abgeordnete aus mehreren Ländern haben eine Kampagne gegen die Entscheidung der Exekutive des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) gestartet, nach der Ringen ab 2020 nicht mehr zu den olympischen Disziplinen zählen soll. „Eine Sportart mit einer derart großen Tradition in der olympischen Geschichte darf einer zunehmenden Kommerzialisierung der Olympischen Spiele nicht zum Opfer fallen“, so die baden-württembergische Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt, „auch in unserer Region hat Ringen einen sehr hohen Stellenwert und ist fester Bestandteil der Sportlandschaft.“

„In vielen europäischen Staaten, darunter zum Beispiel Griechenland und Bulgarien, kann das Ringen auf eine sehr lange Tradition zurückblicken. Der Protest kommt also keineswegs nur von deutscher Seite“, erklärte Evelyne Gebhardt mit Blick

auf den internationalen Widerstand der Europaabgeordneten. Ziel ist es, die Entscheidung des IOC in der Vollversammlung im September zu kippen und somit eine Sportart zu erhalten, die sogar im Text der olympischen Hymne verankert ist. „Die Mitglieder des IOC müssen sich bewusst werden, dass sie mit dem Ausschluss des Ringens die Grundpfeiler von Olympia angreifen“, so Hohenlohes Abgeordnete Evelyne Gebhardt. ■

Hintergrund:

Am 12.02.2013 hat das Exekutivkomitee des IOC die Disziplin Ringen vorerst aus dem olympischen Programm gestrichen. Bei einer Analyse des IOC, die unter anderem Kriterien wie TV-Quoten, Ticketverkäufe und Attraktivität bei Jugendlichen enthielt, hatte das Ringen die schlechtesten Wertungen erhalten. Eine endgültige Entscheidung wird bei der Vollversammlung des IOC im September erwartet.

Fahrt zum Europäischen Parlament in Straßburg

Es gibt noch freie Plätze...

- **Wann? Mittwoch, 22. Mai 2013**
- **Wo geht's los? Künzelsau, Heilbronn, Stuttgart, Karlsruhe**
- **Kosten? Ca. 15 Euro pro Person**

Verbindliche Anmeldung mit vollem Namen, Geburtsdatum und Anschrift bitte per E-Mail an egehardt.mdep@t-online.de. Die Anmeldung muss dann noch durch uns bestätigt werden.



Europäisches Parlament in Straßburg Foto: EP

NEUES AUS EUROPA

PLAN DER EU-KOMMISSION:

Binnenmarkt für „grüne Produkte“

Die umweltfreundlichsten und ressourceneffizientesten Produkte sollen nach dem Willen der EU-Kommission besser erkennbar werden. Schließlich belegt die jüngste Eurobarometer-Umfrage: Fast die Hälfte der Verbraucher und Verbraucherinnen ist durch die Vielzahl an Umweltinformationen verwirrt. EU-Umweltkommissar Janez Potočnik möchte deshalb einen Binnenmarkt für „grüne Produkte“ schaffen, wie er am Dienstag in Brüssel erklärte.

„Indem wir den Verbrauchern zuverlässige

und vergleichbare Informationen über Umwelteinwirkungen und Umweltleistung von Produkten und Organisationen geben, ermöglichen wir ihnen, eine Entscheidung zu treffen“, so der Kommissar. Sichtbar werden soll die Umweltleistung durch die einheitliche Methode des sogenannten „Umweltfußabdrucks“.

Durch die Vereinheitlichung sollen auch die Unternehmen entlastet werden. Zunächst ist eine dreijährige Testphase vorgesehen. ■

EU UNTERSTÜTZT GESUNDE ERNÄHRUNG:

12 Millionen Euro für Schulobst

12 Millionen Euro sind ein stolzer Betrag. So viel Geld erhält Deutschland für das Schuljahr 2013/2014 aus dem Schulobstprogramm der Europäischen Union. Einen entsprechenden Zuteilungsplan hat die EU-Kommission Ende März beschlossen. Im laufenden Schuljahr bekommen deutsche Schulen noch etwa 350 000 Euro weniger.

Insgesamt stellt die EU im kommenden Schuljahr 88 Millionen Euro zur

Verfügung. Das Programm wird von den Mitgliedstaaten kofinanziert. In Deutschland übernehmen die Bundesländer und die Kofinanzierung kann auch über Dritte, etwa Eltern oder Sponsoren, erfolgen.

Ziel des Schulobstprogramms ist es, durch das Angebot von Obst und Gemüse das Ernährungsverhalten der Schüler und Schülerinnen zu verbessern. ■

Evelyne in den Medien

Homepage: www.evelyne-gebhardt.eu

Facebook: www.facebook.com/pages/Evelyne-Gebhardt/253121031481890

Youtube: www.youtube.com/channel/UCzxU2536xTonD8BwNcN3Hqg

IMPRESSUM

Redaktion: Evelyne Gebhardt
und Frederick Wunderle

Europabüro

Keltergasse 47
74653 Künzelsau

Tel.: 07940 59122

Fax: 07940 59144

egehardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament

60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel

Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66

Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66

evelyne.gebhardt@europarl.europa.eu

Bild-Einklinker Kopfbereich:

Copyright PHOTO © European Union